Michael Mayer

Vielfalt mit Solidarität und Absicherung begegnen - ein Plädoyer für eine soziale EU

Mit großem Getöse wurde Ende März der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge begangen – quasi die Geburtsstunde der Europäischen Union. Nur ein paar Tage später beantragte das Vereinigte Königreich auch offiziell den Austritt aus der Europäischen Union. Kurz zuvor veröffentlichte die Europäische Kommission ein Weißbuch zur Zukunft Europas, in dem sie fünf Szenarien ausmalt, wie, wer und wie tief sich überhaupt zukünftige Integration – oder vielleicht gar Desintegration – gestalten sollte. Mehr denn je steht daher in jüngster Zeit die Frage, wie es in Europa weitergeht, im Mittelpunkt europäischer, aber auch nationaler Diskussionen.

Die Europäische Union zählt - noch - 28 Mitgliedsstaaten. Die Erweiterung der vergangenen Jahrzehnte hat die politische, soziale und kulturelle Vielfalt erhöht, was die Kohäsionspolitik der EU zunehmend vor Herausforderungen stellt. Auch die Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise und die darauffolgende Austeritätspolitik hat die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten eher verstärkt als abgebaut. Im Zentrum der Diskussion, wie der Vielfalt begegnet werden kann, stehen jedoch vor allem ökonomische Aspekte und Maßnahmen, die unter anderem auf die hohe Verschuldung einzelner Länder, das Ankurbeln des Wachstums oder die Anpassung von Produktivitätsunterschiede abzielen. Vergessen wird dabei oftmals, dass sich die Mitgliedsstaaten auch hinsichtlich des Umfangs der sozialen Absicherung und der Höhe sozialer Standards unterscheiden. So hat die Krise und die darauffolgende Austeritätspolitik die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und andererseits auch auf nationaler Ebene erhöht und gleichzeitig oftmals zu einer Verschlechterung der sozialen Situation etwa durch die Kürzung von Sozialleistungen und Anspruchsdauer oder Verschärfung der Zugangskriterien beigetragen. Nicht überall in der EU gibt es beispielsweise eine so umfassende Kollektivvertragsabdeckung wie in Österreich. Auch die Lohnniveaus und die Dauer und Höhe der Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter unterscheiden sich deutlich. (EGI & EBG 2017; Vanhercke et al. 2017)

Während in Reaktion auf die Krise die wirtschafts- und finanzpolitische Integration weiter ausgebaut wurde und die fiskalpolitische Kooperation etwa durch Instrumente wie das Europäische Semester vertieft wurden, ist die soziale Dimension häufig unbeachtet und auf nationalstaatlicher Ebene verankert geblieben. Dabei ist gerade die soziale Absicherung ein wesentlicher Punkt, um Vertrauen in nationale und europäische Institutionen herzustellen (Dörre 2016).

Engels (2004), Schäfer, Vehrkamp und Gagné (2013) und Vehrkamp (2015) stellen in Studien mehrmals den klaren Zusammenhang zwischen politischer

Partizipation und sozialem Status her. Menschen in prekären Verhältnissen beteiligen sich seltener an Wahlen und der politischen Willensbildung, oder tendieren dann eher zu politischen Parteien am linken oder rechten Ende des parlamentarischen Spektrums. Die Erosion sozialer Sicherheitssysteme kann daher zu einer weiteren Verstärkung dieser Tendenzen beitragen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass der Einsatz für ein soziales Europa durchaus als gute Absicherung gegen (rechts-)populistische Bewegungen gesehen werden kann (Dörre 2016). Selbst Organisationen, die in der Vergangenheit Austeritätsmaßnahmen als einziges Ziel verfolgt haben (denen vor allem sozialpolitische Errungenschaften zum Opfer gefallen sind), vollziehen einen Schwenk: der Internationale Währungsfond warnt ebenso wie die OECD vor den Folgen einer sozialen Schieflage.

Und die EU-Kommission?

Die Befürchtungen, dass das im April veröffentlichte Papier zur europäischen Säule sozialer Rechte kaum verbindliche Forderungen enthalten wird, haben sich bewahrheitet. Statt verbindlicher, im EU-Primärrecht verankerter hoher Standards hat die Kommission nur Leitlinien und Empfehlungen vorgelegt. Eine Veränderung der Verträge, wie es eine umfassende Sozialunion erfordern würde, hat die Kommission in den vergangenen Monaten immer wieder als zu brisant und nicht mit den Mitgliedsstaaten umsetzbar bewertet. Mögliche Maßnahmen wie eine europaweite Arbeitslosenversicherung fehlen komplett. Stattdessen werden Benchmarks als Lösungen vorgeschlagen; Aufgaben sollen mitunter sogar Kostenneutral ausfallen.

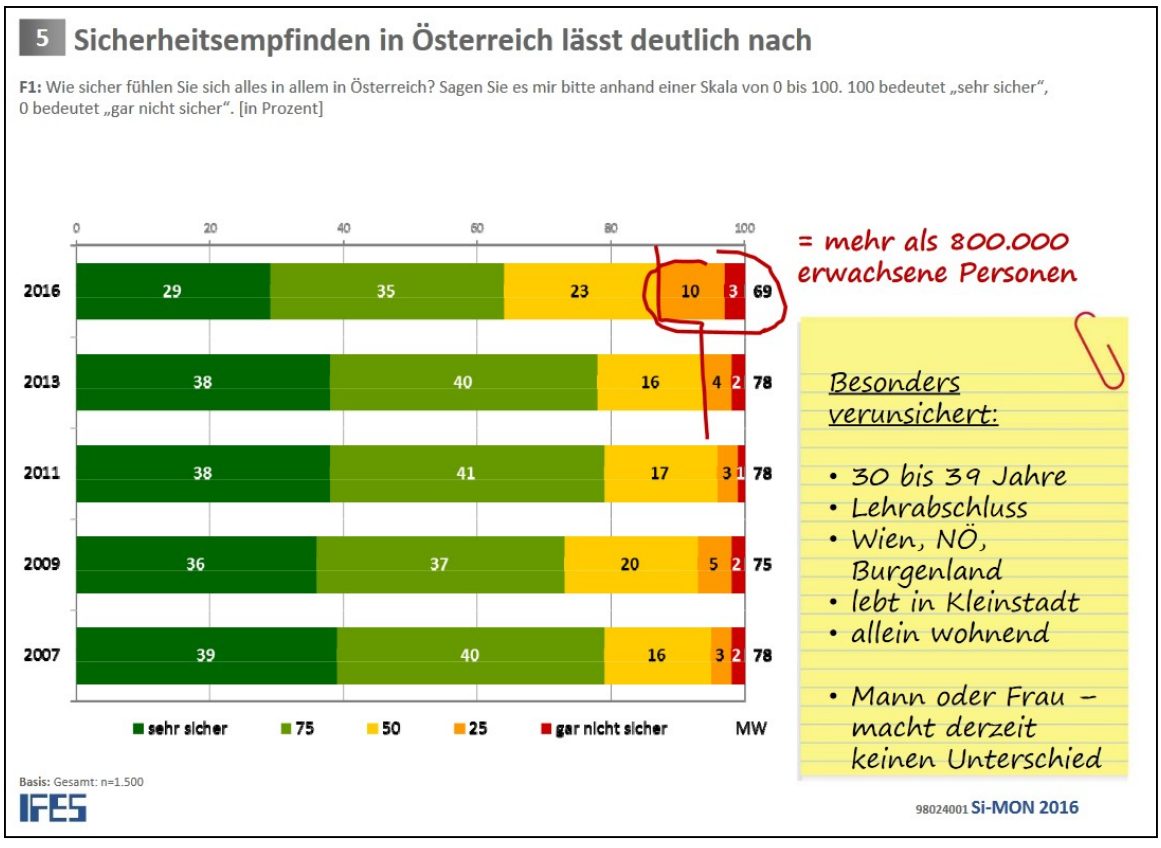
Wir glauben jedoch, dass europäische Solidarität mehr und tieferer Integration bedarf. Diese darf sich jedoch nicht nur auf die Wirtschafts- und Währungsunion beschränken, sondern muss ausdrücklich eine Sozialunion umfassen. Tiefgreifende Integration entlang unterschiedlicher, derzeit diskutierter Handlungsfelder im Bereich Arbeits- und Sozialstandards, Steuer- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen, bis hin zu grundlegenden Veränderungen der EU-institutionen kann ein Auseinanderfallen der Union verhindern. Nur so lässt sich der Vielfalt begegnet und das Ziel gleicher Lebensstandards für alle innerhalb der Europäischen Union erreichen.

Die Säule Sozialer Rechte - ein Alibi-Programm

Sowohl mit der Empfehlung der Kommission als auch mit der avisierten Proklamation für eine europäische Säule sozialer Rechte werden aufgrund der rechtlichen Unverbindlichkeit **keine neuen verbindlichen und durchsetzbaren sozialen Rechte geschaffen**. So handelt es sich im Wesentlichen um Wiederholungen an anderer Stelle bereits festgehaltener Rechte bzw Grundsätze oder um zusätzliche Prinzipien, die rechtlich unverbindlich bleiben. Darüber hinaus sind die Prinzipien in vielen Fällen **sehr allgemein formuliert**. Formulierungen wie „angemessen“ und

„ausreichend“ eröffnen einen weiten Interpretationsspielraum. Inhaltlich vermitteln zahlreiche Prinzipien wesentliche Elemente, die für eine Ausrichtung an der Sicherung und dem Ausbau von ArbeitnehmerInnenrechten, Nicht-Diskriminierung und sozialer Sicherheit **von hoher Relevanz** sind. Auch ist festzustellen, dass der Text gegenüber dem ersten Entwurf Verbesserungen erfahren hat. Jedoch **reichen** in jenen Bereichen, in denen konkrete rechtliche Änderungen notwendig sind – wie etwa mit Blick auf eine erforderliche Ausweitung sozialer Mindeststandards auf der Basis des Prinzips des Nicht-Rückschritts –, **unverbindliche und allgemeine Prinzipien nicht aus**, um zu konkreten Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen beizutragen. In einem Positionspapier stellt die Arbeiterkammer etwa fest, dass die gegenwärtige soziale Lage in der EU nicht losgelöst von der De-facto-Unterordnung sozialer Ziele unter restriktive Fiskalregeln im Rahmen der WWU und sozialer Grundrechte unter die Marktfreiheiten des Binnenmarkts sowie von der Fokussierung der „Troika-Politik“ und der Reformen der wirtschaftspolitischen Steuerung auf restriktive Fiskalziele und ein einseitiges Verständnis von Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden können. Eine substanzielle Stärkung der sozialen Dimension der EU erfordert eine politikfeldübergreifende Herangehensweise, die auch eine **Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik** umfassen muss. Letztere – wie etwa die restriktiven europäischen Fiskalregeln – wird allerdings von der Initiative zur „Säule sozialer Rechte“ nicht in Frage gestellt.

Sicherheit? Ja, bitte!



http://www.kiras.at/fileadmin/dateien/fachtagung16/01_Raml.pdf

Wie oben gezeigte Grafik klar darstellt, sinkt das Sicherheitsgefühl der ÖsterreicherInnen seit Jahren konstant. In erster Linie wird das einer ehöhten Kriminalität sowie Zuwanderung zugeschrieben. Sieht man sich aber Kriminalstatistiken an, so zeigt sich, dass die Zahl der Vergehen in Österreich konstant sinkt - und somit nur von einer "gefühlten SIcherheit" ohne Evidenz gesprochen werden kann. Wohl aber sinkt die soziale Sicherheit; Die Kürzung der Mindestsicherung in einigen Bundesländern etwa bedeutet einen massiven Einschnitt im Leben vieler BMS-EmpfängerInnen. Der Druck auf dem Arbeitsmarkt wird höher, die Zahl atypisch Beschäftigter Personen steigt, europaweit wird Lohnzurückhaltung betrieben. Gleichzeitig wird ein Kollaps der Sozialsysteme beschworen, die "Einwanderung ins Sozialsystem" ohne jegliche Grundlage dafür verantwortlich gemacht. Mittels einer Sündenbockpolitik wird versucht, die Gefahr für innere sowie soziale Sicherheit unter Anwendung einer Dualisierung des Wohlfahrtsstaates bestimmten Gruppen zuzuschieben.

“Dualisierung impliziert, dass Politiken in zunehmenden Maße zwischen Rechten, Ansprüchen und Dienstleistungen, die verschiedenen Kategorien von LeistungsempfängerInnen geboten werden, differenzieren. Dadurch bleibt die Position der Insider mehr oder weniger konstant, während die Position der Outsider sich verschlechtert. Alternativ kann es dazu kommen, dass Politiken die Schaffung neuer Kategorien von Outsidern bewirken, die vorher nach den gleichen Regeln wie Insider behandelt wurden” (Emmenegger 2012)

Hier lässt sich argumentieren: Progressive Bewegungen müssen den SIcherheitsbegriff wieder besetzen - auf der Sozialebene.

Vertrauen in politische Institutionen und staatsliche sowie demokratische Institutionen stärken

"Die gestiegene Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hat zu Politikverdrossenheit geführt und auch zu wachsender Skepsis gegenüber den Vorteilen der Globalisierung", so IWF-Chefvolkswirt Maurice Obstfeld in Bezugnahme auf den bereits erwähnten Fiscal Monitor. Der IWF kommt in diesem Paper ganz klar zum Schluss, dass etwa in Deutschland hohe Steuern sowie eine staatliche Umverteilung die Schere zwischen Arm und Reich schließen kann - die Ungleichheit wäre sonst wohl etwa um ein Drittel höher als jetzt. Auch der tief in der neoliberalen Ideologie verwurzelten Idee, dass Hochsteuern auf große Einkommen das Wirtschaftswachstum zu sehr bremsen, entgegnet die Studie. Daneben sollte eine höhere Besteuerung von Vermögen vorgenommen werden.

Warum ist das so wichtig? Bereits 2012 haben Rieder und Teitzner den Zusammenhang zwischen sozialem Status und Einstellung zur Demokratie untersucht: *"Ausgehend von einem Rückgang der Demokratiezufriedenheit der Österreicher/innen wird die Bedeutung sozialstruktureller und soziodemographischer Faktoren für das Vertrauen in Staat und Politik sowie für Einstellungen zur Demokratie anhand der Daten der Europäischen*

Wertestudie 1999 und 2008 untersucht. Strukturgleichungsmodelle zeigen, dass sich der sozioökonomische Status direkt und indirekt, vermittelt über das Vertrauen in Staat und Politik, auf Einstellungen zur Demokratie auswirkt. Menschen mit niedrigerem Status weisen weniger Vertrauen und negativere Einstellungen zur Demokratie auf."

Auch Perry, van Deth et al kommen in ihrer Untersuchung zu Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg zur selben Schlussfolgerung: "*So sind Personen mit höherem sozioökonomischem Status zufriedener mit ihrem Leben. Außerdem zeigen sie stärkeres Vertrauen in die Politik und sind zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie und der Performanz politischer Institutionen."*

Die Forderungen für eine Sozialunion liegen daher klar auf der Hand:

- Eine weitreichende Abdeckung aller Europäischen ArbeitnehmerInnen mit Mindestlöhnen und Kollektivverträgen - das bedeutet auch, dass die ArbeitnehmerInnenvertretung nicht zurückgedrängt oder gar abgeschafft werden darf. Im vor wenigen Tagen zu Ende gegangenen Nationalratswahlkampf war die Stellung der Arbeiterkammer etwa durchaus ein Thema, die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft politische Forderung.

- Selbstbewusste, kämpferische Gewerkschaften sowie sozialdemokratische Parteien; die verhindern, dass bestehende soziale Sicherungsmechanismen abgebaut oder nach unten nivelliert werden

- Eine einheitliche Europäische Sozialpolitik: Instrumente wie der ESM oder der EFSI müssen viel stärker im bereits bestehenden Framework der Union dafür verwendet werden, Arbeitslosigkeit - und hier besonders Jugendarbeitslosigkeit - zu bekämpfen.

- Eine europäische Koordination in Steuerfragen: Steuerschlupflöcher müssen geschlossen werden sowie eine transnationale Verfolgung von SteuersünderInnen ermöglicht werden; einhergehend mit hohen Vermögenssteuern sowie einer tatsächlich progressiven Besteuerung von Einkommen (das inkludiert auch die Höchstbemessungsgrundlage der SV). Die damit Verbundene Umverteilung hilft, die Kluft zwischen Arm und Reich effektiv zu schließen

- Die aktuelle Wirtschaftliche Aurichtung der Europäischen Union, geprägt von Austeritätspolitik und Wachstumsfetischismus muss einer ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung weichen; als Vorbild könnte hier etwa das Magische Vieleck wohlstandsorientierter Wirtschaftspolitik der Arbeiterkammer gelten: Fair verteilter materieller Wohlstand, Vollbeschäftigung durch gute Arbeit, Lebensqualität sowie eine fundierte Umweltpolitik; dazu kommen stabile Finanzmärkte, eine stabile, hohe Staatstätigkeit, Preisstabilität und ein Außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

Erst eine umfassende soziale Absicherung sowie das Vertrauen in eine "bessere Zukunft" ermöglicht eine umfassende Teilhabe an politischen und demokratischen Prozessen. Die beste Absicherung gegen Rechtspopulistische Wahlerfolge in ganz Europa kann daher nur ein starker Sozialstaat sowie eine soziale Dimension der Europäischen Union sein!

Literaturverweise

Dörre, Klaus (2016): Die national-soziale Gefahr. Pegida, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt – sechs Thesen. In: Rehberg, Karl-Siegbert; Kunz, Franziska; und Schlinzig, Tino (Hrsg*innen): Pegida. *Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und Wende-Enttäuschung? Analysen im Überblick*. Bielefeld: transcript. Vorabveröffentlichung: http://www.theoriekritik.ch/?p=2833.

EGI; EBG (2017): Benchmarking Working Europe 2017. Brüssel: Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI) und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB).

Engels, Dietrich (2004): Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft. Köln: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V.

Schäfer, Armin; Vehrkamp, Robert; Gagné, Jérémie Felix (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Berlin: Bertelsmann Stiftung.

Vanhercke, Bart; Natali, David; Bouget, Denis (Hrsg.) (2017): Social policy in the European Union: state of play 2016. Brüssel: Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI) und European Social Observatory (OSE).

Vehrkamp, Robert (2015): Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung. Berlin: Bertelsmann Stiftung.

Riederer, B. & Teitzer, R. Österreich Z Soziol (2012) 37: 5. https://doi.org/10.1007/s11614-012-0012-z

Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg: Erste Ergebnisse https://www.researchgate.net/publication/265915229_Burger_und_Demokratie_in_Baden-Wurttemberg_Erste_Ergebnisse